Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/1080
19.11.2015

Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

58. Sitzung (öffentlich)

19. November 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Dietmar Hilser (SPD)

Protokoll: Andrea Wieck

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Bahnchaos im Ruhrgebiet *(siehe Anlage 1)* **6**

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/3358, Vorlage 16/3419

Es berichten Herr Latsch und Herr Dr. Häßler, DB.

2 Zwischenstand Fernverkehrskonzept Deutsche Bahn *(siehe Anlage 2)* **22**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3425

In Verbindung mit:

4 Ergebnisse der Verkehrsministerkonferenz

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3400

Und:

7 Auswirkungen der Verständigung hinsichtlich der Regionalisierungs- und GVFG-Mittel

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3324

Es berichten Herr Quirin, DB, und Herr Minister Groschek. Anschließend folgt eine Aussprache.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) **40**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9300
Drucksache 16/10150 (Ergänzung)

Vorlage 16/3129, Vorlage 16/3329, Vorlage 16/3388, Vorlage 16/3403

Hier: Einzelplan 09

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten wird der Änderungsantrag 1 gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Mit den Stimmen von SPD und Grünen wird der Änderungsantrag 2 gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten abgelehnt.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten wird der Änderungsantrag 3 gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten verfällt der Änderungsantrag 4 gegen die Stimmen von CDU und FDP der Ablehnung.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU wird der Änderungsantrag 5 angenommen.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Piraten bei Enthaltung der CDU wird der Änderungsantrag 6 angenommen.

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten stimmt der **Ausschuss** sodann dem Gesetzentwurf mit den beschlossenen Änderungen zu.

Das Benehmen über die Vorlage 16/3388 – Bauprogramm 2016 für die Landesstraßen – wird hergestellt.

9 Änderung der ÖPNV-Pauschalen-Verordnung 43

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3398

Das Einvernehmen mit der Vorlage 16/3398 wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Piraten ausgesprochen.

12 Dämmwahn bremsen – Kosten und Nutzen bei der Energiesparverordnung ins Gleichgewicht bringen 50

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8129
Ausschussprotokoll16/945

Der Antrag Drucksache 16/8129 wird mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

17 Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen 55

Entwurf der Landesregierung
Vorlage 16/3020

Ausschussprotokoll 16/988

Der Ausschuss stimmt dem Klimaschutzplan der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Piraten zu.

18 Verschiedenes 56

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung der Anhörung.

* * *

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9300
Drucksache 16/10150 (Ergänzung)

Vorlage 16/3129, Vorlage 16/3329, Vorlage 16/3388, Vorlage 16/3403

Hier: Einzelplan 09

Vorsitzender Dieter Hilser weist vorab darauf hin, der Ausschuss habe sich darauf verständigt, in der heutigen Sitzung die zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/9300 eingegangenen Anträge zu beraten. Insgesamt lägen nun als Tischvorlagen sechs Änderungsanträge zur Abstimmung vor, die er in der Reihenfolge der jeweiligen Kapitel aufrufen werde.

Änderungsantrag 1, Fraktion der CDU

Klaus Voussem (CDU) fasst die schriftliche Begründung dieses Antrags zusammen und erinnert an die Ausführungen des Verkehrsministers in heutiger Sitzung, der verstärkte investive Anstrengungen beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur angemahnt habe.

Er macht deutlich, seine Fraktion teile diese Zielrichtung und wolle mit der Reduzierung des Baransatzes in Titelgruppe 60 – Sozialticket – einen Beitrag zum anstehenden Paradigmenwechsel leisten, indem rein konsumtive Ausgaben auf null zurückgefahren würden mit dem Ziel, im Landeshaushalt mehr Mittel für investive Maßnahmen im Verkehrsbereich zur Verfügung stellen zu können.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten wird der Antrag gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Änderungsantrag 2, Fraktion der CDU

Klaus Voussem (CDU) gibt eine Zusammenfassung der schriftlichen Antragsbegründung.

Mit den Stimmen von SPD und Grünen wird der Antrag gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten abgelehnt.

Änderungsantrag 3, Fraktion der CDU

Klaus Voussem (CDU) hält verstärkte Investitionen im Straßenbau für unerlässlich, um bereits geplante, dringend notwendige Neubaumaßnahmen zügig umsetzen zu können, und verweist auf den mit dem Änderungsantrag 1 unterbreiteten Vorschlag zur Gegenfinanzierung durch die Streichung der Leistungen des Landes für das Sozialticket.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten wird der Antrag gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Änderungsantrag 4, Fraktion der CDU

Klaus Voussem (CDU) trägt die schriftliche Begründung des Antrags vor und bemängelt, das Thema ÖPP tauche im Landeshaushalt nicht auf und spiele auch in den Vorstellungen der die Regierung tragenden Fraktionen offenbar keine Rolle. Dabei täte Nordrhein-Westfalen gut daran, endlich ebenfalls in ÖPP-Projekte einzusteigen, wie sie in anderen Bundesländern schon lange erfolgreich liefen.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten verfällt der Antrag gegen die Stimmen von CDU und FDP der Ablehnung.

Änderungsantrag 5, Fraktion der SPD und Fraktion Grüne

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU wird der Antrag angenommen.

Änderungsantrag 6, Fraktion der SPD und Fraktion Grüne

Mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Piraten bei Enthaltung der CDU wird der Antrag angenommen.

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten stimmt der **Ausschuss** sodann dem Gesetzentwurf mit den beschlossenen Änderungen zu.

Vorsitzender Dieter Hilser teilt mit, der Ausschuss müsse nun noch über die Vorlage 16/3388 – Bauprogramm 2016 für die Landesstraßen – das Benehmen herstellen.

Das Benehmen über die Vorlage 16/3388 – Bauprogramm 2016 für die Landesstraßen – wird hergestellt.

Oliver Bayer (PIRATEN) erinnert im Weiteren daran, dass bei den letzten Haushaltsberatungen das Sozialticket ebenfalls bereits Gegenstand der Debatte gewesen sei. Zwischenzeitlich liege die seinerzeit angekündigte Evaluation vor. Ihn interessiere mit Blick auf die Begründung in der entsprechenden Titelgruppe im Haushaltsentwurf ergänzend, wie groß der Mittelanteil sei, der speziell für die Förderung des Sozialtickets für Asylbewerber bereitstehe und ob dabei berücksichtigt werde, dass ein Großteil der Asylbewerber gar nicht über eine entsprechende Berechtigung verfügten und die Begründung für den erhöhten Mittelansatz daher durchaus in Zweifel zu ziehen sei. Des Weiteren wolle er wissen, ob die Mittel für das Sozialticket insgesamt einer Dynamisierung unterliegen sollten.

Vorsitzender Dieter Hilser weist darauf hin, dass der Sprecherkreis übereingekommen sei, über das Thema Sozialticket inhaltlich erst in der kommenden Sitzung zu beraten.

Oliver Bayer (PIRATEN) gibt zu bedenken, bevor über den geplanten Haushaltsansatz von 40 Millionen € für das Sozialticket befunden werden könne, sollte klar sein, wie sich die Mittelverteilung im Einzelnen gestalten solle.

Vorsitzender Dieter Hilser erinnert daran, dass der Ausschuss soeben bereits die Abstimmung über den Einzelplan 09 vorgenommen habe, und stellt nochmals fest, über inhaltliche Fragen in Bezug auf das Sozialticket solle erst in der nächsten Sitzung debattiert werden. Er gehe davon aus, dass die Beantwortung der Fragen des Abgeordneten Bayer, sofern möglich, bis zur nächsten Ausschusssitzung erfolgen werde

Er schlägt mit Blick auf die fortgeschrittene Uhrzeit vor, in laufender Sitzung nur noch diejenigen Punkte der Tagesordnung zu behandeln, die im Rahmen laufender parlamentarischer Verfahren eine fristgerechte Befassung erforderten, und die restlichen Punkte auf die kommende Sitzung am 10. Dezember 2015 zu verschieben.

Der Ausschuss signalisiert hierzu Einvernehmen.